

Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge

Antrag auf Vorbezug

Abrechnungs-Nr.

Personalien

Name, Vorname AHV-Nr. Geburtsdatum

Strasse, PLZ, Wohnort

Zivilstand

- ledig verheiratet gerichtlich getrennt geschieden verwitwet
 eingetragene Partnerschaft aufgelöste Partnerschaft

Mail-Adresse Telefon Geschäft Telefon Privat

Name, Vorname Ehegatte / eingetragener Partner Geburtsdatum

Verwendungszweck

Die Mittel der beruflichen Vorsorge sollen verwendet werden für

- den Kauf von bestehendem Wohneigentum Anteilscheine einer Wohnbaugenossenschaft
 den Umbau von Wohneigentum¹ Aktien einer Mieter-Aktiengesellschaft
 die Neuerstellung von Wohneigentum² ein partiarisches Darlehen an einen
 die Rückzahlung von Hypothekendarlehen gemeinnützigen Wohnbauträger

¹ Mit der Unterzeichnung des Antrages wird bestätigt, dass es sich nicht um blosse Reparaturen oder Unterhaltsarbeiten handelt.

² Mit der Unterzeichnung des Antrages wird bestätigt, dass der Vorbezug zurückbezahlt wird, sofern das Bauprojekt nicht verwirklicht wird.

Frühere Verwendung

Ich habe bereits einmal Mittel aus meiner beruflichen Vorsorge vorbezogen oder verpfändet: ja nein

wenn ja: vorbezogen verpfändet Datum Betrag CHF

Vorsorgeeinrichtung (Name, Adresse)

Wohnobjekt

Art des Objekts:

- Einfamilienhaus
- Wohnung

Adresse des Wohnobjekts

.....

Adresse des zuständigen Grundbuchamtes

.....

Höhe des Vorbezugs

- Ich beantrage den Vorbezug des maximal zulässigen Betrages
- Ich beantrage den Vorbezug von CHF

Auszahlungstermin

Die Überweisung soll erfolgen

- so rasch als möglich
- am

Zahlungsverbindung

(Bitte Einzahlungsschein beilegen)

Bankkonto

Name der Bank: Adresse:
Kontoinhaber: Kontonummer:
Clearingnummer: IBAN:

Postcheckkonto

Kontoinhaber: Kontonummer:

Bemerkungen

.....
.....
.....
.....
.....
.....

Erforderliche Unterlagen

In jedem Fall

- Bestätigung der Bank über den Verwendungszweck des Geldes

Bei verheirateten Antragstellern und Antragstellern mit eingetragenen Partner

- Passkopie des Ehepartners / des eingetragenen Partners

Bei Kauf, Neuerstellung oder Umbau

- Kopie des unterschriebenen Kaufvertrages
- Kopie des aktuellen Grundbuchauszuges (falls bereits Eigentümer)
- Kopie der Umbaupläne

Bei Rückzahlung von Hypothekendarlehen

- Kopie des beurkundeten Kaufvertrages bzw. des aktuellen Grundbuchauszuges
- Kopie des Darlehensvertrages

Bei Beteiligung an Wohneigentum

- Kopie des Vertrages mit der Wohnbaugenossenschaft
- Anteilschein (Original) mit Reglement

Bei Wohneigentum im Ausland

- Notarielle Bescheinigung, dass das Wohneigentum ausschliesslich für den Eigenbedarf der versicherten Person genutzt wird und im Falle einer Veräusserung der Vorbezug an die Vorsorgestiftung zurückbezahlt wird

Allgemeine Bedingungen

Durch den Vorbezug kann es zu einer Verschlechterung der Alters-, Hinterlassenen- und Invaliditätsleistungen kommen. Diese Deckungslücken können über eine private Lebensversicherung geschlossen werden. Deren Kosten sind durch die versicherte Person zu tragen.

Tritt innerhalb von 3 Jahren ein Vorsorgefall ein, werden die Leistungen gekürzt.

Die PAT-BVG informiert die Eidg. Steuerverwaltung über den Vorbezug. Die Steuerverwaltung wird eine separate Rechnung zustellen. Ein Vorbezug kann jederzeit – spätestens aber bis drei Jahre vor der Pensionierung – an die Vorsorgeeinrichtung, der die versicherte Person in jenem Zeitpunkt angehört, zurückbezahlt werden. Mit einer Bescheinigung über die Rückzahlung kann innerhalb einer Frist von drei Jahren nach der Rückzahlung des Vorbezugs eine Steuerrückerstattung veranlasst werden.

Die PAT-BVG lässt beim zuständigen Grundbuchamt eine Veräusserungsbeschränkung gemäss Art. 30e BVG anmerken. Die daraus entstehenden Gebühren sind vollumfänglich von der versicherten Person zu tragen. Im Falle der Veräusserung muss der Vorbezug an die Vorsorgestiftung zurückbezahlt werden.

Die PAT-BVG erhebt für den durch den Vorbezug entstehenden zusätzlichen Verwaltungsaufwand von der versicherten Person eine Kostenbeteiligung in der Höhe von CHF 280.–.

Bestätigung

Der Antragsteller bestätigt,

- dass die gemachten Angaben korrekt sind,
- dass von den allgemeinen Bedingungen Kenntnis genommen worden ist,
- dass das Wohnobjekt, für welches der Vorbezug beantragt wird, für den Eigenbedarf am Wohnsitz oder am gewöhnlichen Aufenthalt bestimmt ist (es sich namentlich nicht um eine Ferienwohnung handelt),
- dass im Zeitpunkt des Antrages eine volle Arbeitsfähigkeit besteht.

Ort und Datum

Unterschrift des Antragsstellers

.....

.....

Ort und Datum

Unterschrift des Ehepartners / des eingetragenen Partners

.....

.....